

# BUNDESTAG AKTUELL

## Andreas Mattfeldt MdB

### OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 01. Juli 2011

#### Osterholzer und Verdener Kreissportbund zu Gast in Berlin

In dieser Woche habe ich erneut fünfzig Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis für drei Tage nach Berlin eingeladen.

Dieses Mal habe ich Ehrenamtliche aus den Kreissportverbände in Verden und in Osterholz eingeladen. Damit möchte ich mich bei ihnen für ihre Arbeit im Sport bedanken. Ohne die Ehrenamtlichen hätten wir weder in Verden noch in Osterholz eine so breite Palette an Sportangeboten wie wir sie heute haben. Ich selbst war einige Jahre im Vorstand diverser Vereine aktiv. Auch als Bürgermeister habe ich den Kreissportbund als verlässlichen Partner erlebt.

Am ersten Tag stand nach dem obligatorischen



Bundestagsbesuch eine Besichtigung des Bundeskanzleramtes auf dem Programm. Auch Bundesrat und die niedersächsische Landesvertretung wurden besichtigt. Das Programm bot aber bei strahlendem Sonnenschein auch launige Abwechslung—am zweiten Abend stand eine schöne Bootstour durch Berlins Mitte an.

#### Rede zu Steuersenkungsplänen in aktueller Stunde im Deutschen Bundestag

Deutschland geht es so gut wie lange nicht, die Wirtschaft boomt, die Steuereinnahmen stimmen sehr optimistisch und die Arbeitslosigkeit hat einen nicht für möglich gehaltenen Tiefpunkt erreicht. Die christlich-liberale Regierungskoalition arbeitet ihren Koalitionsvertrag Punkt für Punkt ab.

Vieles ist in den vergangenen zwei Jahren bereits erreicht, anderes in der Umsetzung begriffen und in den kommenden weiteren zwei Jahren werden auch die verbleibenden Punkte angegangen. Hierzu gehört auch eine Diskussion über anstehende Steuererleichterungen, wenn die Finanzlage dies zulässt.



Die aktuelle Situation ist also an Erfolg und gleichzeitig an Normalität nicht zu überbieten. Und diesen Erfolg lassen wir uns auch von der Opposition mit ihrer Miesmacherei nicht madig reden!

---

## Gesetze für die „Energie der Zukunft“

Dreieinhalb Monate nach der Havarie des Kernkraftwerks von Fukushima am 11. März 2011 hat der Deutsche Bundestag klare und schlüssige Folgerungen für die deutsche Energieversorgung beschlossen.

Bei der Novelle des Atomgesetzes übernehmen wir den Regierungsentwurf: Die acht derzeit abgeschalteten Kernkraftwerke bleiben vom Netz, die restlichen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Wir unterstützen die Protokollklärung der Bundesregierung, bis zum Jahresende eine gesetzliche Regelung zur Lagerung radioaktiver Abfälle zu unterbreiten.

Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) sorgen wir dafür, dass Strom aus regenerativen Energien möglichst rasch in größerem Umfang eingespeist und transportiert werden kann. Dazu kann die Bundesnetzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren. Das Erste Gesetz zur Änderung schiffrechtsrechtlicher Vorschriften sichert zudem potenzielle Leitungskorridore eines Nord- und

Ostsee-Stromleitungsnetzes.

Das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG) zielt darauf ab, den Anteil erneuerbar produzierten Stroms bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen. Mit dem Angebot einer Marktprämie bauen wir eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt. Indem die EEG-Umlage den Betrag von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigen soll, erhalten wir die Bezahlbarkeit des EEG. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, führen wir eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung ein.

Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften hat im parlamentarischen Verfahren ebenso wie das Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden im Wesentlichen Klarstellungen erhalten.

Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden setzt

nunmehr mit dem Tag seines Inkrafttretens neue steuerliche Anreize: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Damit wollen wir eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung fördern.

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) stellt einen Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) her. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF. Neu im Förderkatalog sind Elektromobilität und eine Kompensation für stromintensive Unternehmen. Für den Fall, dass das Sondervermögen unvorhergesehene Einnahmeausfälle erleidet bzw. unabweisbare zusätzliche Ausgaben zu leisten hat, kommt ein Liquiditätsdarlehen aus dem Bundeshaushalt in Betracht, das bei zehn Prozent des Gesamtvolumens gedeckelt, zu verzinsen und spätestens im übernächsten Jahr komplett zu tilgen ist.

---

## Reallöhne steigen im ersten Quartal um durchschnittlich 2%

Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um durchschnittlich 2% gestiegen. Der kräftige Anstieg der Bruttomonats-

verdienste zum Jahresbeginn 2011 erstreckte sich auf fast alle Wirtschaftszweige. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3.264 Euro brutto im Monat.

Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro).

---

### Büro Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227-71322  
Fax: 030/227-76932

Email: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)  
Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)  
Redaktion: Tatjana Range